D-02-089

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Anna Katharina di Bari (KV Bochum)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 89 bis 97:

Menschen, die zu uns fliehen, müssen die Möglichkeit bekommen, hier wirklich anzukommen. Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen, damit sie Teil unserer Gesellschaft werden. Etwas anderes können wir uns als Gesellschaft schlichtweg nicht leisten. Das geschieht vor allem vor Ort in unseren Kommunen. Die kommunalen Spitzenverbände müssen in ihren Forderungen, Strukturen vor Ort auszubauen, gehört werden und diese Vorschläge in einem gebündelten Vorgehen angegangen werden. Als Grüne werben wir für einen „Integrationspakt für Deutschland“, der klare Ressort-Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten vorsieht und besonders folgende Aspekte beinhaltet:

- Kurze Wege bei Behörden: Es sollen Anlaufstellen geschaffen werden, in denen die Leistungen der Jobcenter, Arbeitsagentur, Ausländerbehörden und Migrationsberatungsstellen gebündelt zur Verfügung gestellt werden. Eine räumliche Zusammenführung und ein Weiterleitungssystem soll dabei Reibungsverluste zwischen den Behörden verhindern und garantieren, dass Menschen schnell Zugang zu Stellen bekommen, die sie unterstützen. Die Digitalisierung dieser „Migrationsverwaltung“ unterstützen wir – auch als Bund gegenüber den Ländern.

- Ein Bündnis mit der Wirtschaft und Gewerkschaften, das aufzeigt, wie der Weg in den Arbeitsmarkt gelingen kann und unter Berücksichtigung der Fähigkeiten der ankommenden Menschen und dem zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangel ihre Integration gelingen kann. Dabei möchten wir besonders die Kapazitäten in den Anerkennungsstellen sowie Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungsstellen ausbauen – in städtischen Regionen als auch in der Fläche.

- Während der Wartezeiten, die verfahrensbedingt entstehen, möchten wir verlässliche Angebote etablieren, damit etwa individuelle oder fachliche Kompetenzen zügig festgestellt werden.

- Deutschland hat in den vergangenen Jahren seinen unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz gezeigt, teils unter hoher persönlicher Belastung. Diese Leistung erkennen wir an – und möchten einen verlässlichen Rahmen schaffen, wie eine Einbindung an verschiedenen Stellen und zur Unterstützung von Regelstrukturen funktionieren kann.

~~Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen, damit sie Teil unserer Gesellschaft werden. Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass Menschen sich schnell einleben und ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse von Anfang an verfügbar sein, flächendeckend ausgebaut und zuverlässig finanziert werden. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den Blick, damit auch Sorgeberechtigte teilnehmen können. Wir wollen auch, dass mehr Sprachkurse in~~

~~den Abendstunden angeboten werden, sodass sie berufsbegleitend wahrgenommen werden können. Die Migrationsberatung wollen wir stärken.~~

- Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass Menschen sich schnell einleben und ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse von Anfang an verfügbar sein, flächendeckend ausgebaut und zuverlässig finanziert werden. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den Blick, damit auch Sorgeberechtigte teilnehmen können. Wir wollen auch, dass mehr Sprachkurse in den Abendstunden angeboten werden, sodass sie berufsbegleitend wahrgenommen werden können.
- Die Migrationsberatung wollen wir stärken. Beratung muss direkt zu Beginn starten – etwa durch Angebote zur Beratung und Aktivitäten zum Spracherwerb in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in notwendigen Fällen auch durch Einzellfallbegleitung, wie sich in einigen Bundesländern bereits bewährt hat.

Als Regierungspartei setzen wir uns dafür ein, dass der Vorschlag eines solchen Integrationspakts als Grundlage für weitere Debatten eingebracht wird. Wir signalisieren, dass unser Fokus auf Integration und die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe die entscheidende Basis ist, um sich in dieser Debatte zukunftsorientiert aufzustellen.

Begründung

Als Grüne brauchen wir ein eigenes Narrativ für die anhaltende Debatte. Der Fokus auf ein grundlegendes „Update“ unserer Strukturen im Land, um die Ankunft und das Ankommen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen, sind „wirkliche Antworten“, die über Scheinlösungen hinausgehen. Wir müssen wieder in die Offensive in der Debatte kommen, um unsere Glaubwürdigkeit für eine offene Migrationspolitik zu stärken.

Unter dem Titel „Integrationspakt“ könnte man das zusammenfassen. Der Rahmen und einige entscheidende Punkte, die auch die kommunalen Spitzenverbände immer wieder betonen, sind hier genannt. Diese bedürfen weiterer Präzision und in einigen Fällen Konzeptionen. Als Grüne brauchen wir aber solche Angebote für Lösungen, die wir einbringen und mit denen wir kurz-, mittel- und langfristig durch eben solche Veränderungen Entlastungen im kommunalen System schaffen.

Ansätze, solche Lösungen zu entwickeln, hat es bereits Anfang des Jahres durch Innenministerin Nancy Faeser in der Verabredung zwischen ihr und den Ländern gegeben. Die Diskussion über mögliche Ideen hat es aber anschließend nicht mehr gegeben. Besonders als Grüne sollten wir hier alle Regierungsparteien in die Verantwortung nehmen, daran mitzuwirken, dass solche Lösungen im Verbund mit Kommunen, Ländern und dem parlamentarischen Gremium des Bundes diskutiert und zügig umgesetzt werden.

Als Grüne ist es außerdem die Chance, einen solchen Prozess zu forcieren und besonders vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktentwicklung in Wirtschaft und Gewerkschaften starke Partner*innen zu finden.

Wir begrüßen eine weitere Auseinandersetzung von Partei- und parlamentarischen Gremien mit einem solchen Ansatz eines Pakets, dass dezidiert und gebündelt Maßnahmen im Anerkennungs- und Integrationsprozess diskutiert.

weitere Antragsteller*innen

Gönül Eglence (KV Essen); Firat Yakşan (KV Köln); Katrin Lögering (KV Dortmund); Robin Conrad (KV Recklinghausen); Antje Westhues (KV Bochum); Anne Jebbari (KV Wuppertal); Franziska Klage (KV Ennepe-Ruhr); Radosawa Stomporowski (KV Bonn); Wolfgang Cordes (KV Bochum); Felix Elias Detzkeit (KV Hamburg-Eimsbüttel); Feline Johanna Paul (KV Dortmund); Alex-Marvin Fabrizius (KV Ennepe-Ruhr); Sandra Smolka (KV Freising); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Annelie Strosing (KV Mülheim); Jan Schmid (LV Berlin); Astrid Stahn (KV Rhein-Sieg); Inga Marie Sponheuer (KV Essen); Moritz Oberberg (KV Bochum); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.